

Ist Sachsen der Anfang?

Umfragen: „Von einem Tief ins nächste“, FR-Politik vom 11. Januar

Es juckt mich schon lange nicht mehr, wenn ich lese, wie tief die SPD noch weiter sinkt. Jetzt droht ihr in Sachsen sogar der Rauswurf aus dem Landtag. Sie kann sich damit trösten, dass sie vermutlich von der FDP begleitet wird. Diese neoliberale und unsoziale Partei sollte sich einmal daran erinnern, unter welchem alten Namen sie auftritt. Sie schiebt es wohl auf die vielen rechten Wähler, die dafür sorgen, dass die ebenso neoliberale und unsoziale AfD scheinbar im Aufwind ist.

Vielleicht fällt ihr auch ein, was für eine Politik die Wähler von einer Partei erwarten muss, die sich sozialdemokratisch nennt. Sonst könnte Sachsen nur ein Anfang sein. Aber keine Sorge liebe SPD, nur am Anfang tut's weh. Dann läuft es wie von selbst.

Wolfgang Seibt, Wettenberg

Es geht schneller als man denkt

Mit 37 Prozent führt die AfD bei der Umfrage zu den Landtagswahlen, und die Demokraten spielen das Ganze runter. Die Demokratie ist stabil genug; man muss sich keinerlei Sorgen machen. Welch eine politische Sorglosigkeit macht sich da bemerkbar? Wenn eine rechtsextreme Partei die stärkste Kraft in einem Bundesland wird und am Wahltag gewinnt, dann ist es längst zu spät. Die Erinnerung an die deutsche Geschichte ab 1933 zeigt: Es geht schneller als man denkt. Alles ist möglich, nichts unmöglich.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Lindner und der Neid

Bürgergeld: „Das gönnt' ich dir nicht“, FR7 vom 13. Januar

Christian Lindner will, dass ich meinem Nachbarn sein Bürgergeld missgönne. Vermutlich sieht er das als leistungsloses Einkommen. Und das lehnt er ja rundum ab. Wer definiert es aber? Und wie? Ist die Differenz zwischen Gehältern für Männer und Frauen nicht auch leistungslos? Und wer erfolgreicher war in seinen Gehaltsverhandlungen, leistet der wirklich mehr? Oder wenn der Markt gerade für bestimmte Berufe mehr hergibt: Ist das ein Mehr an Leistung?

Meint Herr Lindner vielleicht, dass Jeder und Jede springen muss, um einen Reicherer reicher zu machen? Stört es ihn, wenn das nicht klappt? Wo bleiben da Freiheit und Selbstbestimmung?

Ich weiß nicht, welchen meiner Nachbarn Herr Lindner meint. Ich finde, es soll jeder entscheiden dürfen, mit wie wenig Geld er auskommen kann. Und wer sagt, dass Bürgergeldempfängerinnen nichts für die Gesellschaft tun, etwa wenn sie Kinder erziehen oder Angehörige pflegen? Zusammenhalt fördern statt Neid zu schüren ist das Gebot der Stunde! Maria Gubisch, Gelnhausen

Die AfD ist eine ernste Gefahr für die Demokratie

Diskussion über ein Verbotsverfahren: „Masterplan zur Massenvertreibung“, FR-Tagesthema vom 11. Januar, und „Die demokratische Welle“, FR-Politik vom 18. Januar

Die Stillen und Vielversteher müssen jetzt aufstehen

Entsorgungsphantasien wie Awangers als Gewinn vorgestellte Reise durch den Kamin von Auschwitz oder Gaulands Spruch über eine Deutschtürkin – „Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist, danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können“ – münden also in der jüngst bekannt gewordenen Planungstagung von AfDlern, Werte-CDU-ler, Geldmächtigen und Identitären in einer Potsdamer Villa.

„Wehret den Anfängen“ kommt zu spät. Man muss sich gegen Nazis und Faschisten jedweder Ausprägung wehren. Und zwar nicht erst, wenn sie die Macht bereits in Händen haben. Das geht nicht mit stumpfen Verboten, sondern nur gemeinsam im Aufstand Aller, der Stillen und Zögerlichen, der Beschwingter und Vielversteher, der Herunterredner und Abwiegler. Jeder jeden Tag an seinem Platz. Nachzulesen bei Oskar Maria Graf (Abgrund), Sinclair Lewis (Das ist bei uns nicht möglich) oder zuletzt Niklas Frank (Auf in die Diktatur). Manfred Kramer, Frankfurt

„Nie wieder!“ ist jetzt, also her mit dem Verbot

Die AfD hat wieder ihr wahres Gesicht gezeigt und wurde erneut als politikkriminelle Vereinigung entlarvt. Es geht um Deportationen von Menschen mit Migrationshintergrund. Das böse Wort von der „Remigration“ geht um. Aus Unworten können Untaten entstehen, was gerade in Deutschland schlimme Tradition hat.

Es ist mir unerklärlich, wieso viele Politiker der demokratischen Parteien eine so hohe Hemmschwelle haben, um sich für ein Verbotsverfahren gegen diese Rechtsextremen auszusprechen. Es kann nicht angehen, dass in der Bundesrepublik mit Begriffen aus dem Wörterbuch des Unmenschen agiert wird und sich die verantwortlichen Politiker nicht darauf verständigen können, endlich die Instrumente zu nutzen, die die Eltern des



Mehrere Zehntausend Menschen haben am 16. Januar in Köln gegen rechte Pläne zu Deportationen protestiert.

EPD

Grundgesetzes geschaffen haben, um dem Extremismus zu begegnen. Mag sein, dass die Verwirkung von Grundrechten auch für Einzelpersonen ein bitteres Geschmäckle hat, aber nach den Erfahrungen der Weimarer Republik muss ein derartiges Verfahren auf Björn Höcke anwendbar sein. Ich gehöre zu den Unterzeichnern der Erklärung, die verlangt, dass der Faschist Höcke Grundrechte verwirkt.

Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, dass mehr und mehr Menschen gegen die AfD auf die Straße gehen, aber wenn ich die Umfragen betrachte, besteht kein Anlass zu Optimismus. Ich hätte mir niemals träumen lassen, dass ich als 1955 Geborener wieder mit den Todfeinden der Demokratie hierzulande in einer derart starken Weise konfrontiert werden würde. „Nie wieder!“ ist

jetzt! Alle Demokratinnen und Demokraten müssen zusammenstehen und für den Bestand der Demokratie hierzulande aktiv kämpfen. Manfred Kirsch, Neuwied

Ungleichheit birgt Sprengstoff

Man muss sich tatsächlich genau überlegen, ob man einen Versuch startet, die AfD zu verbieten. Der Vergleich mit der NPD hinkt allerdings gewaltig. Im Vergleich zur fast bedeutungslosen NPD ist die AfD inzwischen eine extreme Gefahr für die Demokratie. Natürlich wird das auch dann zu Problemen führen, wenn das Verfahren Erfolg haben sollte. Die „ernsthaften“ Anhänger der AfD verschwinden nicht einfach, sie werden ähnliche Probleme bereiten wie die Anhänger von Trump in den USA. Was aus den Protest-

wählern wird, hängt stark davon ab, wie die rechten Gruppen das Verbot der AfD ausschalten.

Ein extrem wichtiger Punkt ist, wie man in der Politik mit den nicht zu unrecht frustrierten Bürgern umgeht. Ich sehe ich in der hochgepuschten Migrationsdebatte nicht das größte Hindernis. In der Wirtschaftspolitik liegt die Ursache. Es darf nicht so bleiben, dass der Großteil der finanziellen Last des Staates auf dem Rücken der „unteren“ Bevölkerungsschichten liegt, Reichtum dagegen ungeschoren bleibt. Die immer weiter aufklaffende Schere zwischen Arm und Reich zeigt klar, dass man endlich an der Spitze der Gesellschaft Geld abschöpfen muss. Soziale Ungleichheit stellt den größten gesellschaftlichen Sprengstoff dar. Verursacht haben das vor allem die Jahre der CDU/CSU. Leider ist die Ampel überfordert, zumal mit einer marktgläubigen FDP und einer paralysierten SPD. Ich bin sicher, würde es heute eine ähnliche Krise geben wie die Weltwirtschaftskrise zu Hitlers Zeiten, das Feuer wäre nicht zu löschen. Stefan Plock, Ober-Ramstadt

Der Joghurt war nur teilweise schimmelig

Seit einiger Zeit lesen wir täglich von der Diskussion um ein AfD-Verbot. Da reibt sich die AfD nur die Hände, denn sie erkennt, dass die „wehrhafte Demokratie“ leider nicht wehrhaft ist. Es sind nur Floskeln. Die offizielle, demokratisch geprägte Aussage zur AfD ist, dass sie ja „nur in Teilen rechtsextrem“ sei. In meinem Kühlschrank fand ich einen Joghurt, der Schimmelflecken hatte. Ich fragte meinen Nachbarn, ob der noch genießbar sei. Er meinte, der Joghurt sei ja nur in Teilen schimmelig. Ich habe ihn trotzdem entsorgt.

Die AfD wird stärker werden aufgrund der wehrunfähigen Demokratie. Es ist nicht zu erkennen, dass Demonstrationen gegen rechts wirksam gegen die grundrechtsfeindliche AfD sind. Wenn wir so weiterhampeln, sitzt die AfD in der nächsten Regierung. Wolfgang Meckel, Tornesch

Diskussion: frblog.de/afd-verbot-2

Manche klammern sich an die dürrsten Strohhalme

„Gastwirtschaft“ zur AfD: „Ein Fest für die Reichen“, FR-Wirtschaft vom 16. Januar

Das ist genau der richtige Weg. Seinerzeit haben sehr Wenige „Mein Kampf“ gelesen. Heutzutage lesen noch weniger Wahlberechtigte die Wahlprogramme. Also hängen viele an den Sprechblasen der AfD-Prominenz als Informationsquelle. Es ist an der Zeit, dass kluge Leute die Programme der AfD analysieren und die Inhalte in leicht verständlicher Sprache mit konkreten Beispielen an die Menschen bringen. Themen hat Herr Hirschel im vorletzten Absatz seines Beitrags schon benannt. Er beschreibt, was in der Blase der FR-LeserInnen bekannt und hoffentlich Konsens ist. Aber eben nur dort. Es müssen also ge-

eignete Wege (=Medien) genutzt werden, um die AfD auf der Sachebene vorzuführen.

Ein anderer Aspekt scheint mir wichtig: der Oxfam-Bericht über die nach wie vor höchst ungleiche Verteilung des Reichtums in der Welt. Am 17.1. erschien dazu eine treffende Karikatur auf Seite 11. Die Regierenden in Deutschland müssen sich endlich daran machen, diese ungleiche Reichtumsverteilung zumindest deutlich zu verringern. Instrumente gibt es genug: Vermögenssteuer, wirksame Erbschaftsteuer. Menschen, die finanziell abgehängt sind, klammern sich an jeden Strohalm, selbst an die un-

geeigneten, die die AfD anbietet. Solange Tafeln in Deutschland, die 2023 das 30-jährige Bestehen „gefeiert“ haben, zur gesellschaftlichen Realität gehören, brauchen wir uns über die Zunahme an Zustimmung für die AfD nicht zu wundern. Wie viele der rund zwei Millionen Menschen, die dort regelmäßig versorgt werden, sind wohl AfD-WählerInnen aus reiner Verzweiflung darüber, dass andere Parteien, z.B. die SPD, sie vergessen haben?

Am 28.1.1972 verabschiedete der Bundestag den Radikalenerlass. Unauffällige Briefträger und Lokomotivführer wurden einzig aufgrund ihrer Mitgliedschaft in

einer kommunistischen Partei aus dem Dienst entlassen. Diese Menschen haben nicht zum Hass auf Ausländer aufgerufen. Umso mehr verwundert es mich, dass in Thüringen ein deutscher Beamter ungestraft am Abbau der Demokratie arbeiten darf. Wie lange wollen unsere Verfassungsschutzorgane tatenlos zusehen? Das Volk ist schon weiter: Ich habe die Petition unterzeichnet, um Björn Höcke die bürgerlichen Rechte abzuerkennen (Art.18 GG). Es wird höchste Zeit! Mehr als eine Million Menschen sieht das genauso. Herbert G. Just, Wiesbaden

Diskussion: frblog.de/afd-verbot-2